

# Das »National Intelligence Estimate« zur iranischen Atompolitik

Hintergründe, Kontroversen, Folgen

Peter Rudolf

Das Anfang Dezember 2007 veröffentlichte amerikanische *National Intelligence Estimate* (NIE) zum iranischen Atomprogramm, eine gemeinsame Analyse der US-Nachrichtendienste, liefert zwar Argumente gegen die Notwendigkeit einer baldigen militärischen Intervention zur Ausschaltung des iranischen Atomprogramms und entkräftet die alarmistische Rhetorik, von der die amerikanische Debatte immer wieder geprägt war. Aber es lässt sich keineswegs als Entwarnung lesen. Der Bericht bestätigt, dass Iran in der Vergangenheit an einem Atomwaffenprogramm gearbeitet hat und sich gegenwärtig über die Urananreicherung zumindest die Option offenhält, Nuklearwaffen zu entwickeln. Sowohl Vertreter einer Politik der Stärke und des Drucks als auch Befürworter eines Anreize und Sanktionen verbindenden diplomatischen Ansatzes können den Bericht als Bestätigung ihrer Positionen heranziehen.

Bei *National Intelligence Estimates* handelt es sich um Einschätzungen künftiger Entwicklungen und ihrer Implikationen für die USA. Sie sind das wichtigste formelle Produkt der amerikanischen Nachrichtendienste. Verantwortlich dafür ist das National Intelligence Council, das beim Director of National Intelligence (DNI) angesiedelt ist. Das Amt des DNI wurde im Intelligence Reform and Terrorism Prevention Act of 2004 geschaffen; der DNI hat die Arbeit der 16 amerikanischen Geheimdienste zu koordinieren. Zum National Intelligence Council gehören führende Analytiker der Nachrichtendienste, aber auch Experten aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor. Bei dem meist langwierigen Prozess

der Abfassung eines NIE werden alle verfügbaren geheimen und öffentlichen Quellen herangezogen. Die Berichte werden für das amerikanische »government« erstellt, also nicht nur für die Administration, sondern auch für den Kongress, sprich für die beiden Geheimdienstausschüsse, das Senate Select Committee on Intelligence und das House Permanent Select Committee on Intelligence.

## Vom Kongress gefordert, lange in Arbeit

Das NIE zum iranischen Nuklearprogramm geht auf eine Forderung des Kongresses aus dem Jahre 2006 zurück, die im Verteidi-

gungsausgabengesetz für das Haushaltsjahr 2007 schriftlich fixiert war. Darin hieß es, der Director of National Intelligence solle (»shall«) in den ersten Monaten des Jahres 2007 eine geheime Einschätzung zu Iran vorlegen. Parallel dazu solle – die Formulierung war abgeschwächt (»should«) – eine die Methoden und Quellen schützende »unclassified«, also öffentlich zugängliche Zusammenfassung unterbreitet werden.

Die Zusendung des Berichts an den Kongress wurde mindestens dreimal verschoben, und am Ende sollte es ein Jahr dauern, bis der Report fertig wurde. Seine Abfassung verzögerte sich, weil die Geheimdienste an ihrer ursprünglichen Folgerung zu zweifeln begannen: dass nämlich Iran an Nuklearwaffen arbeite. Zwei Faktoren scheinen dabei eine Rolle gespielt zu haben. Erstens gewannen die Geheimdienste im Laufe des Sommers 2007 einige neue Informationen und Erkenntnisse über das iranische Atomprogramm, unter anderem durch das Abhören einschlägiger Gespräche auf iranischer Seite. Gewisse Früchte zeitigte offenbar auch die im Jahre 2005 begonnene Initiative, Mitarbeiter am iranischen Atomprogramm zum Überlaufen zu bewegen, um auf diese Weise detaillierte Informationen abzuschöpfen. Zweitens scheinen bisherige Erkenntnisse und Einschätzungen einer kritischen Überprüfung unterzogen worden zu sein. Dazu setzte die CIA sogenannte »red teams« ein, die zu einer Bewertung gezielt die Gegenposition bezogen und so noch einmal alle Prämissen und Folgerungen kritisch unter die Lupe nahmen. Dabei wurde auch die Möglichkeit in Betracht gezogen, dass die neuen Informationen Ergebnis einer iranischen Desinformationskampagne sein könnten.

Grund für diese überaus sorgfältige Prüfung der Erkenntnisse war auch das Bestreben, geheimdienstliche Fehleinschätzungen wie vor dem Irakkrieg zu vermeiden. Damals hatten die amerikanischen Geheimdienste in gerade einmal 19 Tagen ein NIE verfasst, ohne Quellen und Methoden noch einmal kritisch zu hinterfragen. Um politischen Druck, ja jeden Anschein

eines solchen zu vermeiden, wurden die Analytiker diesmal von Mitarbeitern der Administration und politischen Entscheidungsträgern geradezu abgeschirmt. Es sollte deutlich gemacht werden: Die US-Geheimdienste schauen ohne jegliche politische Einmischung auf die Fakten und kommen nach bester professioneller Bewertung zu ihren Ergebnissen.

Auch war den Geheimdiensten klar, dass der mittlerweile mehrheitlich demokratische Kongress seine Aufsichts- und Kontrollfunktion ernst nehmen und den Bericht zum Iran einer genauen Überprüfung unterziehen würde. Denn in der Iranpolitik wollten die Demokraten den Fehler nicht wiederholen, den der Kongress auf dem Weg zum Irakkrieg gemacht hatte: darauf zu verzichten, harte Fragen zu stellen und die Positionen der Administration zu hinterfragen. Doch das Interesse an der Wahrnehmung der Aufsichts- und Kontrollfunktion in diesem Bereich beschränkte sich nicht allein auf die Demokraten; auch unter außenpolitisch erfahrenen Republikanern hatte sich Unruhe darüber breitgemacht, welchen Kurs die Administration gegenüber Iran einschlagen würde.

Noch am 13. November 2007 hatte Mike McConnell, Director of National Intelligence, unmissverständlich erklärt, dass die Kernergebnisse des NIE nicht publik gemacht würden. Die Begründung lautete damals: Erstens könne eine Veröffentlichung wichtige Quellen und Analysemethoden kompromittieren; zweitens dürften die Analytiker der CIA nicht in die Situation kommen, bei ihren Formulierungen berücksichtigen zu müssen, dass daraus eine öffentliche oder politische Debatte erwachsen könnte. McConnell drohte zugleich seinen Rücktritt an für den Fall, dass die Schlüsse des NIE von Mitgliedern der Administration in einer »unangemessenen Weise« selektiv benutzt, sprich, in manipulativer Absicht an die Medien gestreut würden. Er – so McConnell – werde keine Anstrengung scheuen, jeden strafrechtlich verfolgen zu lassen, der das NIE nach außen weitergebe. Die Glaubwürdigkeit dieser

Drohung war indes nicht allzu hoch, da sich die US-Regierung in der Vergangenheit in vergleichbaren Fällen eher damit zurückgehalten hat, eine Strafverfolgung einzuleiten, aus Sorge, in einer Gerichtsverhandlung könnten dann noch mehr unter Geheimhaltung stehende Informationen zur Sprache kommen. Die Befürchtung, die Ergebnisse des NIE nicht vor einer unautorisierten Verbreitung, einem »leak«, schützen zu können, führte keine drei Wochen später zu ihrer Veröffentlichung. Der Beschluss dazu war mit den Spitzen der Bush-Administration abgestimmt; die Entscheidung darüber, welche Teile der geheimen Studie bekannt gemacht würden, blieb den Geheimdiensten überlassen.

### **Gewissheiten und Ungewissheiten: Die Kernaussagen des NIE**

Gegenstand des NIE sind die nuklearen Intentionen und Fähigkeiten Irans in den nächsten zehn Jahren. Gefragt wird nach den Absichten des Landes im Hinblick auf die Entwicklung atomarer Waffen, nach den internen und externen Faktoren, die auf den Entscheidungsprozess in dieser Frage einwirken, nach der Bandbreite der iranischen Handlungsmöglichkeiten und den maßgeblichen Bestimmungsfaktoren für die Wahl eines bestimmten Kurses, nach den gegenwärtigen und künftig zu erwartenden Fähigkeiten zur Entwicklung nuklearer Waffen und schließlich nach den wichtigsten Defiziten und Verwundbarkeiten Irans.

Die aus dieser Analyse resultierenden Einschätzungen sind nach unterschiedlichen Graden der Gewissheit gegliedert: Bewertungen, die auf Informationen von erstklassiger Qualität basieren und/oder vom Gegenstand her eine solide Beurteilung ermöglichen, erhalten das Etikett »hohe Gewissheit« (*high confidence*). Beruht die Information auf glaubwürdigen Quellen und ist sie zugleich plausibel, dann wird die Einschätzung der Kategorie »mäßige Gewissheit« (*moderate confidence*) zugewiesen. Feststellungen, die mit »geringer Gewiss-

heit« (*low confidence*) getroffen werden, gründen sich auf fragwürdige Quellen und/oder fragwürdige Plausibilität.

Welches sind die Kernaussagen der knappen, veröffentlichten Zusammenfassung des insgesamt 150 Seiten langen Berichts? Schlagzeilen machte die mit »hoher Gewissheit« vorgetragene Einschätzung, dass Iran im Herbst 2003 sein Nuklearwaffenprogramm, an dem militärische Einrichtungen auf Regierungsanweisung gearbeitet hatten, »angehalten« (»halt«) habe. Unter »Nuklearwaffenprogramm« versteht das NIE im engeren Sinne die Arbeit am Design von Atomwaffen und an der »weaponization« sowie geheime Arbeiten an der Urankonversion und -anreicherung, nicht aber die offen erklärte »zivile« Urananreicherung, um deren Aussetzung es gegenwärtig im Atomstreit mit dem Iran geht. Geringer, nämlich mäßig ist die Gewissheit, dass sich dieser Stillstand tatsächlich auf das ganze Atomwaffenprogramm erstreckte und Iran das Programm zwischenzeitlich nicht wieder aufgenommen hat.

Worauf diese Einschätzungen beruhen, wird aus der öffentlich zugänglichen Zusammenfassung jedoch nicht deutlich. Das Resümee lautet: Iran ist weniger entschlossen, Atomwaffen zu entwickeln, als im NIE von 2005 angenommen wurde. Damals hatte es mit »hoher Gewissheit« geheißen, dass Iran trotz internationaler Verpflichtungen (aus dem Nichtverbreitungsvertrag) und trotz internationalen Drucks an dem Ziel festhalte, Atomwaffen zu entwickeln. Jetzt wurde aus der veränderten Beurteilung gefolgert, Iran sei offener für internationalen Druck als seinerzeit vermutet.

Der Analyse zufolge könne nicht gewusst werden, ob Iran gegenwärtig die Entwicklung von Atomwaffen beabsichtige. Mit »mäßiger bis hoher Gewissheit« wird jedoch geschlossen, dass Teheran sich zumindest die Option offenhält, Atomwaffen zu entwickeln. Die wissenschaftlichen, technischen und industriellen Fähigkeiten zur Herstellung von Atomwaffen besitze das Land jedenfalls. Mit »mäßiger Gewissheit«

lasse sich sagen, dass Iran frühestens Ende 2009 über die technischen Fähigkeiten verfügen werde, ausreichend hochangereichertes Uran für den Bau einer Atombombe zu produzieren. Aber dies gilt als sehr unwahrscheinlich. Wahrscheinlich sei das Überschreiten dieser Schwelle erst in den Jahren 2010 bis 2015.

Das NIE beschränkt sich nicht auf analytische Beurteilungen, sondern trifft auch Aussagen zum Umgang mit dem iranischen Atomprogramm: Aus der Einschätzung, Iran habe das Atomwaffenprogramm aufgrund internationalen Drucks unterbrochen, wird die Folgerung gezogen, dass Teheran sich von einem Kosten-Nutzen-Ansatz leiten lasse und nicht ungeachtet jeglicher Kosten nach Atomwaffen strebe. Deshalb könne eine – nicht näher ausgeführte – Kombination von Drohungen und intensiviertem internationalem Druck mit der Aussicht, Sicherheit, Prestige und regionalen Einfluss auf andere Art zu erreichen, Iran bewegen, sein Atomwaffenprogramm weiter anzuhalten. Dies – und das glauben die Geheimdienste mit »mäßiger Gewissheit« sagen zu können – werde jedoch schwierig sein; bei vielen in der iranischen Führung seien die außen- und sicherheitspolitischen Interessen mit der Entwicklung von Atomwaffen wahrscheinlich zu eng verzahnt.

Die Zusammenfassung, aus der die analytischen Methoden nicht erkennbar sind, die der Einschätzung zugrunde liegen, enthält keineswegs Antworten auf all die Fragen, die das NIE stellt. Andere militärische Projekte wie insbesondere das Raketenprogramm finden keine Erwähnung in der Zusammenfassung, obwohl sie erst Sinn mit Blick auf Atomwaffen ergeben. Auch über den Fortschritt, den Iran bis 2003 beim Design von Atomwaffen gemacht hat und worum es bei diesen Projekten im Einzelnen ging, ist aus der öffentlichen Kurzversion nichts in Erfahrung zu bringen.

## Kontroverse Bewertungen

In der amerikanischen Debatte wird die Studie überaus kontrovers interpretiert. Manche sehen darin geradezu einen Erfolg der Geheimdienstreform von 2004. Diese sollte nicht nur die Koordination zwischen den Nachrichtendiensten verbessern, sondern auch die analytische Qualität der Produkte. Zum Zwecke der Qualitätssicherung hatte das Reformgesetz von 2004 einige Vorgaben gemacht, darunter die Institutionalisierung alternativer Einschätzungen und die Bestimmung einer Person oder Einrichtung, die Sorge trägt, dass die Analysen objektiv und ohne politische Rücksichtnahme vorgenommen werden. Unter diesen Prämissen entspricht das NIE weitgehend dem dreistufigen Modell der Analyse, das die amerikanischen Nachrichtendienste mittlerweile als Idealtyp anzustreben versuchen: 1. Beschreibung der Quellen und Einschätzung ihrer Verlässlichkeit; 2. Feststellung der Lücken in den Kenntnissen über Absichten und Fähigkeiten des analysierten Staates; und 3. schließlich Bestimmung des Grades an Gewissheit über die Richtigkeit der Analyseergebnisse. Gemessen an diesen Ansprüchen hat das NIE zu Iran gezeigt, dass die Geheimdienstreform insofern erfolgreich war, als die Einschätzung keineswegs der Linie des Präsidenten entspricht und die Geheimdienste nun auch deutlich machen, wo die Grenzen ihres Wissens liegen.

Andere in der amerikanischen Debatte werten das NIE als ein Dokument politischen Kalküls und politischer Opportunität – dies aber durchaus in unterschiedlicher Weise: Die »Falken« in der Iranpolitik sehen im NIE den Versuch der Geheimdienste, die Politik des Präsidenten zu unterlaufen und im Sinne des Außen- und des Verteidigungsministeriums sowie der Militärs zu beeinflussen, deren Skepsis gegenüber der militärischen Option ausgeprägt zu sein scheint. Der frühere Sprecher des Repräsentantenhauses, Newt Gingrich, ging am weitesten: Er sprach vom »Äquivalent eines Staatsstreichs« durch Angehörige der Geheimdienste. Andere Kritiker werten das

NIE als Ausdruck des Bestrebens, dem Präsidenten im letzten Amtsjahr ein unlösbares Problem vom Hals zu schaffen und es dem Nachfolger zu übergeben.

Einige republikanische Senatoren haben die Einrichtung einer Kommission gefordert, die das NIE überprüfen soll – ein Schritt, der ziemlich unverhohlenen Misstrauen in die Arbeit der Geheimdienste bezeugt. Vorbild soll die sogenannte Rumsfeld-Kommission sein, die der Kongress unter Präsident Clinton eingesetzt hatte, um eine von den Republikanern damals angezweifelte Analyse der Bedrohung durch Raketen zu überprüfen. Der 1998 veröffentlichte Bericht dieser Kommission wurde dann zur Legitimation des von der Bush-Administration betriebenen Raketenabwehrprogramms. Kritiker des NIE sehen sich in ihrem Argwohn durch den Umstand bestätigt, dass im Büro des DNI offenbar einige Beamte aus der Nachrichtenabteilung des Außenministeriums arbeiten, die in den Jahren der Bush-Administration einige Gefechte mit den Konservativen ausgetragen haben.

Doch inhaltliche Kritik kommt nicht nur von konservativ-republikanischer Seite, sondern auch von eher moderat-liberalen Experten. Sie finden, dass die Geheimdienste, vermutlich entschlossen, ihre Unabhängigkeit vom Weißen Haus zu demonstrieren, in dem Bericht zu wenig die potentiellen Risiken deutlich gemacht hätten. Im Tenor sei der Bericht zu »beruhigend«. Inhaltlich wenden die sachlich orientierten Kritiker vor allem ein, dass der Begriff »Nuklearwaffenprogramm« in dem NIE zu eng verstanden werde, nämlich nur im Sinne der geheimen Urananreicherung und der Arbeit am Nuklearwaffendesign. Innerhalb der geltenden, durch den Nichtverbreitungsvertrag gesetzten Normen sei dieses Begriffsverständnis zwar angemessen, aber im Hinblick auf den Iran mit seiner Geschichte eines nun bestätigten geheimen Atomwaffenprogramms politisch äußerst problematisch.

Die Unterbrechung der Atomwaffenprogramme ist aus dieser Sicht ein taktischer Schritt, mit dem der Iran zu ver-

schleiern sucht, dass er über die Arbeit an der »zivilen« Urananreicherung und den Aufbau eines für die Plutoniumproduktion geeigneten Schwerwasserreaktors die nukleare Ausbruchsfähigkeit vorbereitet. Das NIE habe die iranische Atomwaffenfrage auf problematische Weise umgedeutet und vermittele implizit die Botschaft, wegen des Stillstands der Arbeit an »Nuklearwaffen« sei Anlass zur Entwarnung gegeben. Darum berge das NIE gefährliche Folgen: Die Durchsetzung von Sanktionen dürfte schwieriger werden, hätten die Geheimdienste doch nahegelegt, Iran sei kurzfristig keine Bedrohung. Und das in einer Situation, in der es gerade um die Verschärfung der Sanktionen gehe.

Im Grunde können sich beide Seiten in der amerikanischen Irandebatte auf das NIE berufen und darin enthaltene Einschätzungen zur Untermauerung ihrer Position heranziehen: diejenigen, die sich Fortschritte von weiterem diplomatisch-ökonomischem Druck erhoffen, aber auch diejenigen, die sich darin bestätigt sehen, dass militärischer Druck und Stärke bereits wirken. Denn – so deren Argument – wenn die iranische Regierung im Herbst 2003 das Atomwaffenprogramm angehalten hat, dann können nur der Einmarsch im Irak, der Sturz Saddam Husseins und die dadurch geweckten Befürchtungen der Anlass dafür gewesen sein. Schließlich sei von politischem, gar wirtschaftlichem Druck zu dieser Zeit noch nichts zu spüren gewesen. Dieser Sicht zufolge kann, wenn überhaupt, nur ein amerikanischer Sieg im Irak und eine Niederlage der iranischen Stellvertreter dort das iranische Kosten-Nutzen-Kalkül beeinflussen.

### **Politische Auswirkungen**

Politisch stärkt der Bericht gegenwärtig diejenigen, die auf eine diplomatische Lösung setzen und eine militärische Zuspitzung vermeiden wollen. Die militärische Option, so die allgemeine Folgerung, ist für das Wahljahr 2008 erst einmal vom Tisch – es sei denn, neuere Informationen ließen

sicher auf eine Wiederaufnahme der Arbeiten an Atomwaffen schließen. Der National Council of Resistance of Iran, die politische Organisation der von den USA und der EU als terroristische Organisation eingestuftes Mujahedin e-Khalq, hat kurz nach Veröffentlichung des NIE behauptet, Iran habe das geheime Atomwaffenprogramm zwar 2003 unterbrochen, aber 2004 wieder aufgenommen. Die bisherige Bilanz der Informationen dieser Gruppe über das iranische Nuklearprogramm ist gemischt, teils treffen sie zu, teils nicht.

Auch könnte es für die Bush-Administration schwieriger werden, internationale Unterstützung für verschärfte Sanktionen zu mobilisieren. Ein »Neokonservativer« wie Robert Kagan hat der Administration nahegelegt, ihr letztes Jahr nicht in selbstverordneter Isolation zu vergeuden: Internationale Sanktionen seien jetzt keine aussichtsreiche Option mehr; die Administration solle die ihr verbleibende Zeit für offene Gespräche mit Teheran über alle Konfliktthemen nutzen. Aufgrund der positiven Entwicklung im Irak seien die USA nicht mehr in einer Position der Schwäche. Zudem könne eine künftige Administration dann nahtlos an die Verhandlungen anknüpfen, denn viel Zeit dürfe nicht mehr verloren werden, da der Punkt näherrücke, an dem Iran die nukleare Ausbruchsfähigkeit erwerbe. Eine neue Administration hätte dann ausreichend Zeit zu beurteilen, ob die Verhandlungen erfolgreich waren oder härtere Maßnahmen (sprich: eine Militärintervention) notwendig würden.

Doch nichts weist darauf hin, dass die Bush-Administration das NIE als Flankenschutz für einen Strategiewandel gegenüber Iran nutzen will. Sie machte vielmehr klar, dass der Bericht kein Grund sei, die bisherige Politik zu ändern.

Unter den meisten republikanischen Präsidentschaftskandidaten haben die Folgerungen des NIE keinerlei – öffentlich geäußerten – Zweifel an der harten Linie und der Betonung der militärischen Option geweckt. Rudy Giuliani meinte, der Bericht habe die Möglichkeit eines präemptiven

Schlages gegen Iran nicht ausgeräumt. Auch für John McCain ist die militärische Option nicht »vom Tisch«. Fred Thompson erklärte, er schere sich nicht um das jüngste NIE. Mitt Romney dagegen sprach von einer »guten Nachricht«, betonte aber, die Urananreicherung stelle nach wie vor eine Bedrohung dar.

Auf demokratischer Seite wurde der Bericht jedoch zum Anlass genommen, erneut einen Kurswechsel hin zu einem diplomatischen Engagement zu fordern. Die Bush-Administration, so Joseph Biden, Vorsitzender des Auswärtigen Senatsausschusses und inzwischen ausgeschiedener Präsidentschaftsbewerber, solle die Fixierung auf Regimewandel im Iran aufgeben und andere Staaten für einen Neuanfang aus »koordiniertem Druck und wirklichen Anreizen« mit ins Boot holen. Andernfalls stünden die USA am Ende isoliert da. Unter den demokratischen Kandidaten sehen sich diejenigen bestätigt, die schon früher ihre Konkurrentin Hillary Clinton wegen ihrer vergleichsweise harten Linie gegenüber Iran angegriffen hatten. Als einzige der demokratischen Präsidentschaftsbewerber aus den Reihen des Senats stimmte sie für eine Resolution, die den Präsidenten aufforderte, die iranische Revolutionsgarde als terroristische Organisation zu brandmarken. Kritisiert wurde, dass Präsident Bush diese Resolution später einmal als Begründung für ein militärisches Vorgehen nutzen könnte.

Ob am Ende Barack Obama, der ausdrücklich den Dialog mit Iran befürwortet und Bushs Säbelrassens gerügt hat, von der Einschätzung der Geheimdienste profitieren kann, ist eher fraglich. Zum einen sind die demokratischen Bewerber mit Ausnahme von Senator Christoph Dodd, im Großen und Ganzen in der Iranpolitik auf einer Linie: »diplomatische Öffnung«, »direktes Engagement«, »nüchterne Diplomatie« heißen die Schlagworte, mit denen sie den Unterschied zur Iranpolitik von George W. Bush markieren. Senator John Edwards setzt dabei einen eigenen Akzent, wenn er dem Iran den Abschluss eines

Nichtangriffsvertrags für den Fall in Aussicht stellt, dass Teheran auf seine Nuklearpläne verzichtet. Zum anderen dürfte Iran, das sich zu dem großen außenpolitischen Thema im Wahljahr 2008 zu entwickeln schien, für Wähler und Kandidaten an Bedeutung verlieren, nachdem die militärische Option jetzt erst einmal an Virulenz eingebüßt hat.

Der nächste Präsident, ob Demokrat(in) oder Republikaner, könnte sich jedoch, wenn Iran der nuklearen Ausbruchsfähigkeit noch näherkommt und politisch-wirtschaftlicher Druck nicht wirkt, schnell mit dieser Frage konfrontiert sehen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6364